

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	12/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	28.11.2023
Zeit:	19:00 Uhr – 22.10 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Weber Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <b><u>FW</u></b> Stadträtin Erles Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer, Meyer und Schendzielorz <b><u>SPD</u></b> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata (ab 19.15 Uhr) <b><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u></b> Stadtrat Fritsch <b><u>Ortsvorsteher</u></b> Ortsvorsteher Erles
weiter anwesend:	Frau Polte (FB 1) Herr Weiher (FB 1 – zu TOP 8) Herr Horvath (FB 7 – zu TOPs 4,5,8) Herren Seidel, Feßenbecker & Reess (FB 5 –TOPs 9,10)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Streib und Dr. Welter Stadtrat Wagner
Urkundspersonen:	Stadträte Hertel und Schendzielorz
Sachvortrag:	
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher. Er erläutert, dass heute, aufgrund der langen Tagesordnung mit allein 16 Tagesordnungspunkten in der öffentlichen Sitzung, - wie in der amtlichen Bekanntmachung veröffentlicht - keine Bürgerfragestunde stattfindet. Entgegen vieler Mutmaßungen in den sozialen Medien werde heute auch keine Entscheidung zum Windpark Lammerskopf getroffen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 11/2023 vom 24.10.2023**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Die Stadträte Katzenstein und Schmitz haben redaktionelle Änderungen, die seitens der Verwaltung eingepflegt werden.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 17.10.2023 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister liest den Beschluss vor.

2.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mehrheitlich, bei fünf Enthaltungen, aufgrund des Ergebnisses der gewählten Bewertungsmatrix mit dem Bierehepaar Arlt in die Verhandlungen für einen Pachtvertrag „Campingplatz unter der Friedensbrücke“ zu gehen, um darin die Intentionen der Gemeinde zu verankern, die Investitionen und Sicherheiten abzustimmen und eine Endschaftsklausel zu erarbeiten. Sollte kein Vertragsabschluss zustande kommen, soll mit dem Bieter an Position 2 das Gespräch gesucht werden.

3: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 24.10.2023 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister liest den Beschluss vor.

3.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt grundsätzlich über das zukünftige Finanzierungsmodell, betreffend den katholischen Kindergarten St. Ulrich in der Spitalgasse 6, 69151 Neckargemünd wie folgt:

1. Die Stadt wird nicht selbst zum Mieter der Räume des Kindergartens.
2. Die Stadt trägt im Rahmen der Betriebskostenförderung zukünftig einen Anteil in Höhe von 90 Prozent der ungedeckten Betriebskosten, in denen die Mietkosten als Teil der zu berücksichtigenden Betriebskosten mitberücksichtigt werden.
3. Die Gestaltung des Mietvertrags zwischen der Kirche und dem Investor ist im Hinblick auf die hohe Kostenbeteiligung nur unter Beteiligung der Stadt möglich.

4: **Beschaffung / Stromlieferung für die Stadtverwaltung Neckargemünd**4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 7 / FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Horvath erläutert die Vorlage. Wichtigstes Argument für die Eilentscheidung des Bürgermeisters am 03.11. sei gewesen, zu verhindern, dass Neckargemünd in die Grundversorgung falle.

Der Bürgermeister ergänzt, dass das gesamte Verfahren äußerst schwierig sei, über 400 Gemeinden und Städte seien nun in einer ähnlichen Situation wie Neckargemünd.

4.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser hinterfragt für die Fraktion der Grünen, was von dem ursprünglich gewünschten Ökostrom noch übriggeblieben sei.

Herr Horvath bestätigt 100% Ökostrom.

Stadtrat Rehberger spricht für die Fraktion der Freien Wähler und teilt mit, dass man grundsätzlich zustimmen werde. Er fragt, ob es nicht zukünftig geschickter wäre, wenn man die Ausschreibung gleich selbst machen würde. Die Vielzahl von Losen sei zu unübersichtlich. Dass das „in die Hose gehe“, sei zu erwarten gewesen. Könne man nicht das Geld für die Gt-service sparen?

Herr Horvath sagt, er gebe Stadtrat Rehberger grundsätzlich Recht, allerdings sollte man bedenken, dass die Stadt hierbei in eine europäische Ausschreibung gehen müsste. Es seien beim jetzigen Verfahren auch nicht alle Lose gescheitert, man solle sich beteiligen. Natürlich könne man die Ausschreibung theoretisch auch selbst bewerkstelligen, allerdings sei zu bezweifeln, ob dies mit Rechtsanwaltskosten und den aktuellen personellen Ressourcen in der Abteilung tatsächlich machbar wäre und für die Stadt günstiger käme.

Stadtrat Bernauer teilt für die Fraktion der CDU mit, dass sich durch die Nachfrage von Stadträtin Groesser auch für seine Fraktion alles geklärt habe. Man werde zustimmen.

Stadtrat Fritsch sagt, er stimme ebenfalls zu. Er fragt, ob auch die Bürger etwas davon hätten.

Der Bürgermeister stellt klar, dass es hier allein um die Versorgung der Stadtverwaltung und deren Gebäude, nicht aber um Privathaushalte, gehe. Das große Verfahren sei für die Stadtverwaltung alleine nicht zu bewerkstelligen, er werde die Problematik im Gemeindetag anfragen.

Stadträtin Groesser merkt an, dass dann die Marge geringer werde.

Der Bürgermeister widerspricht dieser Aussage. Es wäre vernünftig, das Verfahren zu verschlanken.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der am 03.11.2023 durch Bürgermeister Volk getroffenen Eilentscheidung. Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Stadtwerke Heidelberg Energie GmbH, Kurfürsten-Anlage 42-50, 69115 Heidelberg für die Belieferung vom 01.01.2024 bis 31.12.2025. Der Gemeinderat beschließt weiterhin einstimmig die Mittel auf den jeweiligen Produkten in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 bereitzustellen.

5: **Beschaffung / Gaslieferung für die Stadtverwaltung Neckargemünd**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 7 / FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Horvath erläutert die Vorlage, die sich analog der Vorlage zu TOP 4 darstelle. Einziger Unterschied sei, dass die Laufzeit nur 12 Monate betrage. Es handle sich um Gas mit mindestens 10% Biogasanteil.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger stellt fest, dass es den Stadtwerken Neckargemünd guttue, wenn sie die Stadtverwaltung beliefern können.

Stadträtin Groesser hinterfragt, ob die Aufsichtsratsmitglieder im Gremium befangen seien.

Der Bürgermeister verneint dies.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der am 03.11.2023 durch Bürgermeister Volk getroffenen Eilentscheidung. Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beauftragung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH, Bahnhofstraße 54, 69151 Neckargemünd für die Belieferung vom 01.01.2024 bis 31.12.2024. Der Gemeinderat beschließt weiterhin einstimmig bei einer Enthaltung die Mittel auf den jeweiligen Produkten im Haushaltsjahr 2024 bereitzustellen.

Bevor der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, verlässt der Bürgermeister um 19.18 Uhr aufgrund von Befangenheit das Plenum. Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger übernimmt die Sitzungsleitung.

## 6: Beschlüsse zur Bürgermeisterwahl 2024

### 6.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger weist auf die komplexe Situation und die zahlreichen Wahlen im Jahr 2024 hin. Dass Europa-, Kommunal- und Bürgermeisterwahlen so zusammenfielen, käme nur alle 40 Jahre vor. Bürgermeisterwahlen könnten frühestens drei und spätestens einen Monat vor Ende der Amtszeit des aktuellen Stelleninhabers stattfinden. Im Monat Mai 2024 habe man zudem viele Feier- und Brückentage sowie Ferien zu berücksichtigen, die Wahl müsse im Zeitraum zwischen dem 30. April bis 30. Juni 2024 stattfinden. In Meckesheim und Leimen sähe es ähnlich aus. Er bedankt sich bei Frau Polte für die ausführliche Vorlage.

Frau Polte verweist auf die Gemeindeordnung, das Kommunalwahlgesetz und die Kommunalwahlordnung, die bereits vieles fixierten. Die vom Gemeinderat nun zu beschließenden, weiteren Eckpunkte sollen einzeln beraten werden.

### 6.2: Beratung:

#### **Zu Punkt 1:**

#### **Festsetzung des Wahltages für die Hauptwahl sowie die Stichwahl (§ 2 Abs. 2 KomWG)**

Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser sagt, dass am 05. Mai in Mückenloch die Kerwe mit traditionellem Kerweumzug am Sonntag stattfinde, daher scheide dieser Sonntag als Wahlsonntag aus. Briefwahl sei absolut keine Alternative zur Stimmabgabe im Wahllokal. Es sei keine gute Idee gewesen, sich nicht vorab mit den Ortsvorstehern abzustimmen. Der 12. Mai als Wahlsonntag sei geeigneter.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger möchte diese Aussage so nicht stehen lassen. Briefwahl werde immer wichtiger, mit den Jahren habe man von ursprünglich einem auf zuletzt drei Briefwahlbezirke aufgestockt. Das Argument, dass aufgrund der Kerwe keine Bürgermeisterwahl stattfinden könne, erschließe sich ihm nicht.

Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser meint, dann müsse man einen eigenen, weiteren Briefwahlbezirk nur für Mückenloch einrichten.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger entgegnet, dass er darin kein Problem sehe.

Stadträtin Groesser gibt zu bedenken, dass auch nicht alle Wahlberechtigten wählen gehen würden.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU und sagt, man habe sich lange mit dem Sachverhalt beschäftigt. Man teile die Bedenken von Stadtrat und Ortsvorsteher Bergsträsser. In Neckargemünd würde man auch nicht während des Bohrermarktes einen Wahltermin ansetzen. Die CDU schlage den 12. Mai als Wahlsonntag und den 09. Juni für die Stichwahl vor.

Frau Polte merkt an, dass auch ein Zusammenfallen der Stichwahl mit der Europa- und Kommunalwahl nicht machbar sei.

Stadträtin Striegele stellt fest, dass es auch schwer werde, am Kerwesonntag Wahlhelfer in Mückenloch zu finden.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger schlägt vor, dann Wahlhelfer aus der Kernstadt ins Wahllokal nach Mückenloch zu schicken.

Stadtrat Hornung gibt zu bedenken, dass aber auch diejenigen, die am 12. Mai wegen des langen Brückentags-Wochenendes verreist wären, Briefwahl machen könnten. Ihm persönlich sei es wichtiger, dass ein gesamter Ortsteil an der Bürgermeisterwahl anwesend sei und somit sogar aktiv mithelfen könne.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger sagt, dass aufgrund des Brückentags vermutlich mehr Leute nicht da seien, als in Mückenloch Leute wegen der Kerwe.

Stadtrat Hertel findet das Verhalten gegenüber den Ortsteilen befremdend.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger verwehrt sich gegen diesen Vorwurf.

Stadtrat Hertel sagt weiter, dass Brauchtum und Kulturveranstaltungen äußerst wichtig seien. Der 26. Mai könne doch als Tag der Stichwahl bleiben, da eine Stichwahl zwei bis drei Wochen nach der Hauptwahl stattfinden solle. Aufgrund der Änderung des Kommunalwahlrechts in diesem Jahr könnten auch keine neuen Kandidaten dazukommen.

Frau Polte korrigiert dahingehend, dass über die „Leere Zeile“ theoretisch noch ein neuer Kandidat dazukommen könne. Für die Verwaltung bedeute ein Zeitraum von nur 14 Tagen zwischen Haupt- und Stichwahl einen erhöhten Zeitdruck bei der Versendung der Briefwahlunterlagen zur Stichwahl. Dies sei sportlich.

Stadtrat Wachert meint, dass die Wahl am Kerwesonntag aber durchaus auch positive Effekte haben könnte. Das Wahllokal im Mückenloch müsste dann aber mit Wahlhelfern aus der Kernstadt besetzt werden.

Stadtrat Schmitz sagt, die Argumente gegen den 12. Mai überzeugten ihn nicht. Dass ein „Leere Zeile“-Kandidat in die Stichwahl käme, sei eher unwahrscheinlich. 14 Tage zwischen Haupt- und Stichwahl sollten vollkommen ausreichen.

Stadtrat Fritsch stellt nochmals fest, dass der 5. und 19. Mai nicht gingen. Was sei mit dem 9. Juni?

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger stellt klar, dass der 9. Juni aufgrund des Zusammenfalls mit der Europa- und Kommunalwahl ausgeschlossen sei.

In der folgenden Abstimmung lehnt der Gemeinderat den von der Verwaltung vorgeschlagenen Termin, Sonntag, 05. Mai 2024, mit 3 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen ab. In einer zweiten Abstimmung wird der Sonntag, 12. Mai 2024, als Wahltag sowie der Sonntag, 26. Mai 2024, als Tag der Stichwahl festgelegt (Beschlusswortlaut siehe unten).

## **Zu Punkt 2**

### **Stellenausschreibung und Bewerbungsfrist**

Frau Polte informiert, dass sie zwei redaktionelle Änderungen in dem mit der Vorlage versandten Ausschreibungstext ergänzt habe und zwar die Worte „auf amtlichem Vordruck“.

Stadträtin Linier fragt, ob der Text nun terminlich angepasst werden müsse.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger meint, man könne es so belassen.

Frau Polte erklärt, dass sie es nochmal nachrechnen werde.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Gemeinderat einstimmig darauf, die Fristen jeweils um eine Woche nach hinten zu verschieben.

### **Zu Punkt 3:**

#### **Gemeindewahlausschuss**

Stadträtin Schlüchtermann hinterfragt für die Fraktion der Grünen, warum Herr Rehberger sich bereits vorab bei der Verwaltung als Vorsitzender des Wahlausschusses gemeldet habe. Weiterhin möchte sie wissen, ob man sich zum Auszählen melden und gleichzeitig im Wahlausschuss tätig sein könne.

Frau Polte verneint letzteres.

Stadträtin Groesser stellt klar, dass man nichts gegen Stadtrat Rehberger habe, aber man habe das Gefühl, dass hinter den Kulissen gemauschelt werde.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger erklärt, dass der 1. Bürgermeisterstellvertreter in der Vergangenheit immer zum Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses gewählt worden sei, deshalb habe er sich vorab bereits dazu bereit erklärt.

Stadtrat Bergsträsser schlägt Stadträtin Groesser vor.

Stadtrat Bernauer sagt, die CDU sei sehr zufrieden mit dem Vorschlag Stadtrat Rehberger und Frau Polte.

Stadtrat Fritsch sagt, er sei als Stadtrat gewählt, aber dennoch kein richtiger Stadtrat.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger widerspricht dieser Aussage. Herr Fritsch könne im gleichen Umfang mitreden, er gehöre nur keiner Fraktion an. Grundsätzlich erhalte er auch alle Informationen genau wie die anderen Stadträte.

Stadtrat Fritsch stellt fest, dass er in den Ausschüssen nicht reden dürfe.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger verweist darauf, dass das eine andere Baustelle sei.

Stadtrat La Licata sagt, dass für Stadträte ohne Fraktionszugehörigkeit die Regelungen in der Gemeindeordnung festgelegt seien. Das Vorgehen sei gesetzeskonform und er sei auch eher froh, dass er nicht im Wahlausschuss sei.

### **Zu Punkt 4:**

#### **Zulassung, Veröffentlichung und öffentliche Vorstellung der Bewerber/innen**

Stadträtin Linier zeigt sich empört ob der Vorlage. Eine Kandidatenvorstellung in den Ortsteilen sei immer selbstverständlich, die Mehrzweckhalle in Waldhilsbach voll gewesen. Der neue Bürgermeister stelle die Weichen für die kommenden acht Jahre, die Kandidaten sollten Rede und Antwort stehen. Die Argumentation der Verwaltung bzgl. geringerem Stress für die Kandidaten bei nur einer Veranstaltung sei nicht wirklich sinnvoll. Wer vier Vorstellungsveranstaltungen nicht schaffe, sei auch als Bürgermeister nicht geeignet. Das Zeitfenster für die Vorstellungen sei eng, aber hier wolle man jetzt an der falschen Stelle sparen. Überhaupt sei in den vergangenen Jahren vor allem in den Ortsteilen Geld eingespart worden, sie sei fassungslos. Die Bürger der Ortsteile zahlten auch Steuern. Sie appelliere an die anwesenden Gemeinderäte, entsprechend für Vorstellungen in den Ortsteilen zu votieren.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger sagt, dass in der Vorlage nur Möglichkeiten aufgezeigt wurden. Keiner habe gesagt, dass es nur eine Vorstellung geben müsse.

Stadträtin Linier ist der Auffassung, als studierte Germanistin könne sie eine Tendenz zu nur einer Veranstaltung herauslesen.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger stellt nochmals klar, dass man nur weitere Möglichkeiten habe aufzeigen wollen. Schade, dass Stadträtin Linier dies persönlich bezogen habe, dies tue ihm leid.

Ortsvorsteher Erles ist der Meinung, Stadträtin Linier habe Recht. Es sei eine Tendenz herauszulesen gewesen. In den Ortsteilen gäbe es ortsspezifische Themen zu besprechen. Beim Busshuttle habe es Sorge, dass es, wie beim Shuttle zum Seniorennachmittag beim Bohrermarkt, schief gehe.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger entgegnet, dass es so schlecht nicht gewesen sei.

Ortsvorsteher Erles bittet darum, Kandidatenvorstellungen in jedem Ortsteil zu machen.

Frau Polte stellt klar, dass es in der Darstellung der Vorlage lediglich darum gegangen sei, verschiedene Varianten aufzuzeigen, und zu einem kreativen Nachdenken über die Gestaltung der Vorstellungen gegangen sei. Bei den Schulungen im Städte- und Gemeindetag sei der Sachverhalt aufs Tablett gekommen; viele Gemeinden seien inzwischen zu nur einer großen Veranstaltung übergegangen. Wohl wissend, dass dies für Neckargemünd vermutlich keine Lösung sei, habe man die Informationen weitergegeben. Eine Schlechterbehandlung der Stadtteile sei keinesfalls Intention gewesen.

Stadtrat Wachert fasst zusammen, dass der Vorschlag ungeschickt gewesen sei. Es gäbe andere Themen, die in den Ortschaftsräten wichtig seien.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger sagt, dass man sich also einig sei und die Ortschaftsräte daher diesbezüglich eigentlich nicht mehr hören müsste.

Frau Polte erklärt, dass dies trotzdem formal notwendig sei.

### 6.3: **Beschluss:**

#### **Beschlüsse zur Bürgermeisterwahl 2024**

Der Gemeinderat legt als **Wahltag** für die Bürgermeisterwahl **Sonntag, den 12. Mai 2024** fest. Die eventuell notwendig werdende Stichwahl findet am Sonntag, dem 26. Mai 2024 statt. Die vorgelegte Terminplanung für die Bürgermeisterwahl wird mit den Datumsänderungen, die sich aus dem um 1 Woche gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag (5. Mai) nach hinten verschobenen Hauptwahltermin aufgrund der rechtlichen Vorgaben ergeben, gebilligt. Diese Entscheidungen werden einstimmig, bei 2 Enthaltungen, getroffen. Der Terminvorschlag der Verwaltung (5. Mai) war zuvor mit 3 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt worden.

Die öffentliche **Ausschreibung** der Wahl erfolgt am **23. Februar 2024 im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg**, am 24. Februar 2024 in der Rhein-Neckar-Zeitung und am 29. Februar 2024 im Neckarboten. Das Ende der Frist für die Einreichung der Bewerbungen wird auf den 15. April 2024, 18:00 Uhr, festgesetzt.



Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Verwaltungsvorschlag für den Ausschreibungstext in der Vorlage und billigt diesen einstimmig.

Der Gemeinderat wählt einstimmig Stadtrat Jürgen Rehberger zum Vorsitzenden des **Gemeindewahlausschusses**, Fachbereichsleiterin Petra Polte zur stellvertretenden Vorsitzenden. Aus den Fraktionen werden pro Fraktion ein/e Beisitzer/in sowie deren feste Vertreter in gleicher Zahl gewählt:

<u>Fraktion</u>	<u>Beisitzer</u>	<u>Stellv. Beisitzer</u>
Grüne	Thomas Schmitz	Ilka Schlüchtermann
Freie Wähler	Dr. Manfred Rothe	Steffen Wachert
CDU	Brigitte Oppelt	Max Bernauer
SPD	Sarah Striegel	Matthias Hornung

Der Gemeinderat entscheidet, dass bei Vorliegen mehrerer zugelassener Bewerber eine **öffentliche Kandidatenvorstellung** im Zeitraum **22. April bis 3. Mai 2024** vorgesehen wird. Die Verwaltung wird beauftragt, sofern noch nicht erfolgt, gemäß den Vorgaben der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, den Ortschaftsrat anzuhören, ob bei Vorhandensein mehrerer Kandidaten zusätzlich zur Vorstellung in der Kernstadt in den Ortsteilen eine separate Vorstellung gewünscht wird. Der Gemeinderat entscheidet, sofern die Ortsteile eigene Kandidatenvorstellungen wünschen, diese durchzuführen und beauftragt Gemeindewahlausschuss und Stadtverwaltung mit der Organisation und Festlegung der Regularien.

Um 20.05 Uhr übergibt der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger die Sitzungsleitung wieder an Bürgermeister Volk.

## 7: **Einführung eines Redaktionsstatuts für das Amtsblatt der Stadt Neckargemünd**

### 7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister informiert, dass man bisher der Meinung gewesen sei, man bräuchte kein Redaktionsstatut, wegen der besonderen Form des Amtsblattes, das in einer unabhängigen Wochenzeitung eingestellt werde. Der Landkreis habe jetzt aber gesagt, man brauche es doch.

Frau Polte informiert, dass die im Statut definierten Regeln nur für die „amtlichen Mitteilungen“ (= Amtsblatt) gelten.

### 7.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein hinterfragt das in Punkt 2.3.6 genannte Äußerungsrecht. Hier seien wohl Themen ohne Bezug zur Stadt gemeint?

Frau Polte bestätigt dies und schlägt vor, das Wort „rein“ (=rein bundes-, landes- oder...) zu ergänzen.

Stadtrat Rehberger sagt, dass es sich beim „Neckarboten“ um kein reines Amtsblatt handle, im redaktionellen Teil könne man schreiben, was man wolle. Das Redaktionsstatut gelte nur für die Amtlichen Mitteilungen.

Stadtrat Bernauer erklärt, dass man keine inhaltlichen Anmerkungen habe. Die CDU wäre für Variante 1 (gleiche Anzahl von Zeichen für alle Fraktionen) bei Punkt 2.3.1. Stadtrat Schimpf sagt für die SPD, dass man das Statut gut finde. Historisch sei dieser Sachverhalt schon diskutiert worden, mit dem „amtlichen“ und „nichtamtlichen“ Teil. Das vorgelegte Statut sei vernünftig und man sei ebenfalls für Variante 1.

Stadtrat Fritsch ist verärgert, er habe das Redaktionsstatut in seinen Unterlagen nicht bekommen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das nicht sein könne. Die Einladung und die Sitzungsvorlagen werden für alle Räte hintereinanderher kopiert und dann in die Umschläge einsortiert. Wenn alle anderen die Vorlage hätten, könne sie bei Stadtrat Fritsch nicht fehlen.

Stadtrat Schmitz sagt, dass seine Fraktion mit der Variante 1 zustimmen werde.

Stadtrat La Licata hält die Variante 1 aufgrund des Hintergrundes Fraktion/Einzelbewerber für falsch. Eigentlich sei das Statut grundsätzlich sinnvoll, aber er werde nicht zustimmen. Vielleicht könne man bei Punkt 2.3 aber „Stimmen aus den Fraktionen“ titeln.

Der Bürgermeister befürwortet diese Anregung und schlägt „Stimmen aus den Gemeinderatsfraktionen“ vor.

### 7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Redaktionsstatut mit den Änderungen „Benennung der Rubrik für die Fraktionen als ‚Stimmen aus den Gemeinderatsfraktionen‘“ sowie „Kein Äußerungsrecht zu rein (*hinzugefügt*) bundes-, landes- oder parteipolitischen Themen“ für das Amtsblatt der Stadt Neckargemünd mehrheitlich, bei einer Gegenstimme zu.

Pause von 20.20 – 20.25 Uhr

## 8: **Kita Wiesenbacher Tal – Ausschreibung der Mittagsverpflegung**

### 8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Weiher stellt zunächst klar, dass diese Ausschreibung nicht planbar – da nicht vorhersehbar – gewesen sei. Der Caterer habe seine Preise sehr stark angehoben. Daraufhin hätten Herr Horvath und er sich angeschaut, welche weiteren Verträge die Stadt noch habe und dabei festgestellt, dass die Mensa im Schulzentrum ab dem 01.09.2025 ebenfalls einen neuen Vertrag benötige. Daher wolle man in 2025 eine gesamte Ausschreibung für die Mittagsverpflegung machen – zu diesem Zeitpunkt dann mit einem Plan für ein Verpflegungskonzept, dessen Grundlagen und Leitlinie der Gemeinderat mit festlege. Definitiv werde der Gemeinderat hierbei eng eingebunden. Im jetzigen Fall müsse man aber zeitnah handeln, könne auch nicht auf den Haushalt warten, damit die Mittagsverpflegung ab dem 01.04.2024 sichergestellt sei.

**8.2: Beratung:**

Stadträtin Groesser sagt, dass das Vorgehen für die Grünen nachvollziehbar sei. Allerdings gäbe es Fragen. Beim Sachverhalt Leistungsverzeichnis, unabhängig ob für jetzt oder 2025, sei man sehr enttäuscht, weil den Grünen seinerzeit auf Nachfrage versprochen worden sei, dass dies zukünftig vorab besprochen werde. Mit Ausschreibungen habe man auch so seine Erfahrungen. Was wäre der Plan B, wenn es kein Resultat gäbe? Außerdem halte man die Kosten für die Erstellung und Durchführung der Ausschreibung mit knapp 16% der Gesamtkosten für erheblich hoch.

Der Bürgermeister verweist auf das Thema Vergaberecht und die gesetzlichen Vorgaben. Beim Leistungsverzeichnis habe man jemanden gewählt, der sich auskenne, auch wenn Vergabegrenzen angehoben werden. Dienstleister würden eben kosten.

Herr Horvath merkt an, dass man, sollte die öffentliche Ausschreibung scheitern, dann in die Verhandlungsvergabe mit kürzerer Zeit gehe. Man sei sich sicher, ein Angebot zu bekommen. Bezüglich des Leistungsverzeichnisses fehle die Zeit, am 27.02. wolle man „zuschlagen“. Wenn man jetzt noch diskutiere, werde man es bis zum 01.04. nicht schaffen. Daher habe man sich für die kommenden 17 Monate Hilfe von außerhalb, von Experten, geholt.

Herr Weiher bekräftigt, dass man sich auch intensiv mit der Einrichtungsleitung abgestimmt habe.

Stadtrat Katzenstein hinterfragt, warum man das Leistungsverzeichnis den Gemeinderatsmitgliedern dann nicht zugeschickt habe.

Herr Horvath teilt mit, dass es erst gestern eingegangen sei. Die 16% (vergaberechtliche und ernährungsspezifische) Unterstützungsleistungen seien marktübliche Konditionen.

Der Bürgermeister pflichtet dieser Aussage bei. Mit den Damen habe man auch beim Schulzentrum zusammengearbeitet.

Stadtrat Rehberger sagt, dass es richtig gewesen sei, so, nämlich nur für 17 Monate, auszuschreiben, damit man später zusammen mit dem Schulzentrum ausschreiben könne. Es sei schade, dass so riesige Beträge auszugeben seien. Aber man müsse den Ausschreibungsweg gehen. Den Einwand von Stadträtin Groesser, dass der Gemeinderat das Leistungsverzeichnis einsehen möchte, finde er gut und man sollte es dann auch in den Fraktionen diskutieren. Den jetzigen Zeitdruck verstehe er und die Fachleute wüssten auch, was die Kinder benötigten.

Stadtrat Bernauer kritisiert die deutsche Bürokratie: ein gut eingespieltes Arbeitsverhältnis zum bisherigen, noch dazu lokalen, Anbieter müsse einer Ausschreibung weichen, deren einziges und alleiniges Zuschlagskriterium der angebotene Nettopreis sei. Der Wunsch der CDU wäre eine wie bisher gute, lokale Zusammenarbeit und man hoffe daher auf einen entsprechenden Ausgang des Verfahrens. Für die darauffolgende Ausschreibung und die dann dafür ausgearbeitete Fassung bleibe man durch die längere Vorbereitungszeit aber umso optimistischer.

Stadtrat Schimpf kann sich noch gut an den Vertreter des fränkischen Caterers erinnern, dieser habe bei ihm nun ein größeres Plus als vorher gedacht und erwartet. Aber Stadtrat Bernauer habe Recht, die Bürokratie sei sehr hoch, ebenso die Höhe der Unterstützungskosten.

Stadtrat Schmitz stellt fest, dass in der Vergangenheit das Leistungsverzeichnis und die Regionalität eine große Rolle gespielt hätten, jetzt eher der Preis. Dies sei ungeschickt.

Der Bürgermeister meint, dass man froh sein könne, wenn man jemanden finde. Es sei kein Selbstläufer.

Stadtrat Fritsch stellt fest, dass die Verwaltung Spezialisten nach ihrer Meinung gefragt habe.

Stadtrat Dr. Rothe ist der Meinung, dass 15.000 € Unterstützungskosten ein eher normaler Betrag seien, zwei bis drei Leute für drei Wochen, es erscheine ihm angemessen. Er sei andere Summen gewohnt.

### 8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd genehmigt einstimmig bei sechs Enthaltungen – unabhängig von der abschließenden Genehmigung des Haushaltsplans 2024 - die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Jahr 2024 sowie 2025 in Höhe von insgesamt 108.000 Euro (Kosten der Verpflegung 93.000 Euro; Unterstützungskosten für die Erstellung und Durchführung der Ausschreibung: 15.000 Euro) für die Vergabe der Mittagsverpflegungsleistung an der städtischen Kita „Wiesenbacher Tal“. Er beauftragt die Verwaltung ferner mit der Durchführung eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens.

## 9: **Information zu Kanalarbeiten und Verkehrsbeschränkung B37 Höhe Neckarsteinacher Straße 12**

### 9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Rees erläutert die Vorlage und informiert, dass das Provisorium nun provisorisch abgedichtet sei.

### 9.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser ergänzt, dass die Stadt das Geld nur vorstrecke.

Der Bürgermeister erläutert für die Öffentlichkeit, dass das Problem nicht durch die Stadt verschuldet sei, dass man die Problemlösung jetzt aber vorantreibe und dem Verursacher dann in Rechnung stelle.

Stadtrat La Licata möchte wissen, ob Insolvenzrisiko beim Verursacher bestehe.

Der Bürgermeister meint, dies sei nicht absehbar.

Herr Seidel ergänzt, dass es sich um einen Bauträger handle.

### 9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stellt einstimmig für das Jahr 2024 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € zur Sanierung des Abwasserkanals B 37/Höhe Neckarsteinacher Straße 12 zur Verfügung.

**10: Baumaßnahme Julius-Menzer-Straße 3-7****10.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Vor Einstieg in die Beratung des TOPs informiert der Bürgermeister, dass man zuletzt beim Städte- und Gemeindefest zusammengelassen sei und sich gefragt habe, wie sich die aktuelle bundespolitische Finanzsituation auf die Mittelzusagen aus Bundesmitteln auswirke. Man solle sich darauf konzentrieren, was man wirklich bekommen werde.

Herr Seidel erläutert seine Vorlage.

Herr Feßenbecker ergänzt, dass er darum gekämpft habe, dass die Vorlage in der heutigen Sitzung behandelt werde, damit es zu einer Entscheidung komme. Die Zeitschiene sei eng.

**10.2: Beratung:**

Stadtrat Konrad stellt für die Fraktion der Grünen fest, dass man sich in einem Zielkonflikt befinde. Der Bauhof müsse handlungsfähig bleiben. Auf der anderen Seite habe man seit zwei bis drei Jahren mit der Menzer-Areal-Kommission zur Innenstadtentwicklung. Dies sei nun ein Spagat. Man dürfe sich nicht die Zukunft verbauen, daher bevorzuge man die Option 1. Es solle so wenig wie möglich und doch so viel wie nötig gemacht werden. Parallel müsse man überlegen, wohin mit dem Bauhof. Bestehe eine Möglichkeit mit dem GVV oder einer interkommunalen Zusammenarbeit?

Der Bürgermeister bestätigt, dass dies auch einer seiner Ansatzpunkte bei Amtsantritt gewesen sei. Allerdings würde Neckargemünd von einer solchen Zusammenarbeit wohl eher wenig profitieren, man sei bereits jetzt sehr gut aufgestellt. Vor einigen Jahren habe man im GVV einen gemeinsamen Bauhof vorgeschlagen, eine der Mitgliedskommunen habe die interkommunale Zusammenarbeit abgelehnt, jetzt komme man sehr gut alleine zurecht. Alternative Standortprüfungen würden laufen, die Variante 1 müsse man machen, plädiere aber von Verwaltungsseite für Variante 2.

Stadtrat Wachert sagt für die Freien Wähler, dass man sich gewünscht hätte, dass auf dem „Filetgrundstück“ ansprechende Hotelanlagen oder schöne Wohneinheiten entstehen, dazu wäre allerdings ein Umzug des Bauhofs notwendig. Fakt sei außerdem, dass sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Bauhofs mit dem GVV offensichtlich zerschlagen habe und auch der Elsenzsportplatz als alternativer Standort für den Bauhof wegen Hochwasser und Ausfahrtproblematik nicht denkbar sei. In der jetzigen Zeit müsse man also umdenken. Um die Motivation der Bauhofleute hoch zu halten, müsse man handeln, sanieren und umbauen. Auf dem jetzigen Gelände der Gärtnerei könne dann evtl. sozialer Wohnungsbau umgesetzt werden. Man plädiere für Variante 2, könne sich zukünftig aber auch Variante 3 vorstellen. Der Bauhof solle am jetzigen Standort bleiben.

Stadtrat Bernauer spricht für die Fraktion der CDU: *„Dieser TOP hat uns in der Fraktionssitzung mehr als nur eine kleine Diskussion bereitet. Wir sehen hier ein Vorgehen, das langfristig gesehen an ziemliche Planlosigkeit erinnert. Einer neu zu errichtenden Heizungsanlage auf dem Gelände hatten wir bereits zugestimmt, diese unterstützen wir auch nach wie vor. Jedoch ist durch die Zusammenlegung von Bauhof*

*und Gärtnerei nun schlicht ein Platzmangel ausgebrochen, der uns in großen Handlungszwang setzt. Und das auch noch auf einem Areal, dessen Zukunft hier im Rat bis heute ungeklärt ist. Man möchte fast sagen: Idee gut, Herangehensweise mangelhaft... Unserer Meinung nach bedarf es hier – wie auch an vielen anderen Stellen – zuerst eines Konzeptes. Es bedarf zuerst einer Entscheidung, ob dieser jetzige Standort vom Gemeinderat und den entsprechenden Kommissionen langfristig hier gesehen wird. Ganz klar: wir stehen hinter genau diesem Standort. Erst dann sollten wir uns über Ausgaben in Millionenhöhe unterhalten! Wir sollten generell davon abkommen, Projekte anzustoßen und erst dann zu überlegen, wie sie überhaupt zu realisieren sind. Wir von CDU-Seite befürworten die geplante Installation der Heizungsanlage, möchten jedoch in diesem Zuge erfragen, ob es zu den geplanten Containern gemäß Option 1 weiteren Zubehörs bedarf? Allen weiteren baulichen Maßnahmen werden wir nicht zustimmen, bevor nicht eine Entscheidung gefallen ist, wie die Zukunft des Geländes aussieht. Sollte die hausgemachte Not entsprechend groß sein, könnten wir uns zudem mit dem vorgeschlagenen Materialzelt als Notüberbrückung arrangieren. Jedoch möchten wir ganz klar darum bitten, die entsprechenden Zukunftspläne nun schnellstens zu festigen, damit wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die einen großartigen Job machen, zügig wieder einen entsprechend ausgestatteten und angepassten Arbeitsplatz bieten zu können. Denn dass ein Bauhof ohne ausreichende Lagerkapazität nicht funktioniert ist uns allen klar. Und eine Gärtnerei ohne Gewächshaus ist leider auch ziemlich am Thema vorbei“.*

Stadtrat Hertel spricht für die SPD und stellt fest, dass man diesbezüglich nun schon länger in der Diskussion stehe, immer wieder diskutiere man und spreche über die Prüfung anderer Standorte. Mit Variante 3 lege man sich fest, andere Gebäude dort würden auch weich und marode. Man solle nun intensiv auf die Suche nach einem alternativen Gelände mit modernen Hallen gehen. Die Heizung müsse gemacht werden, beim Gewächshaus wäre die Frage, ob dieses bei Bedarf wieder demontiert werden könne. Bei Variante 1 und 2 stimme man zu, Variante 3 - auch wegen der Haushaltslage - nicht.

Stadtrat Bergsträsser schlägt die Halle an der Straßenmeisterei an der Kriegsmühle vor. Die Verwaltung möge sich informieren.

Der Bürgermeister erklärt, dass diese Halle nicht zur Verfügung stehe und außerdem zu Bammental gehöre.

Stadtrat Rehberger sagt, man müsse sich von der Utopie verabschieden, den Bauhof woanders neu zu bauen. Vor einem Bauhof auf Stelzen auf dem Elsenzsportplatz warne er. Das „Filetgrundstück“ habe man bereits mehrfach angeboten, aber niemand habe angebissen. Der aktuelle Standort sei eigentlich gut für den Bauhof, alle Ortsteile von dort aus gut erreichbar. Seine Fraktion sei für Variante 2, evtl. sogar Variante 3. Dem Gemeinderat müsse dann aber klar sein, dass der Bauhof dann für die kommenden 15-20 Jahre auch dort bleiben werde, was nicht schlecht sei.

Stadtrat Fritsch ist ebenfalls der Meinung, dass man für die Sicherheit der Mitarbeiter etwas tun müsse. Die Mitarbeiter sollten gezielt in die Entscheidung, was zu machen sei, eingebunden werden. Variante 3 ginge aber definitiv nicht.

Stadtrat Wachert erklärt nochmals, dass ein Hotel o.ä. dort natürlich besser, aber aus finanzieller Sicht nicht machbar sei. Ihm falle kein alternativer Standort für den Bauhof ein. Wer habe eine Idee?

Stadtrat La Licata sagt, dass es sehr bedauerlich sei, dass Infrastrukturförderprogramme aufgrund der aktuellen, finanziellen bundespolitischen Situation und diesbezüglicher Äußerungen wohl eher nicht möglich seien. Variante 3 sei nicht zu verwirklichen, er sei für Variante 2.

Stadtrat Konrad sieht einen Konsens mit dem Vorschlag von Stadtrat Bernauer zu Option 1 oder 2 und man müsse nun entscheiden, wo man hinwolle. Er fragt nach der Planerbeteiligung der Menzer-Areal-Kommission. Man solle die Minimalvariante Option 1 angehen und dann eine reflektierte, nicht gedrängte, Entscheidung treffen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass eine Überplanung des Areals nicht zielführend sei, zumal man nicht wisse, wohin mit dem Bauhof. Es gehe hier auch um die Wertschätzung der Mitarbeiter der Technischen Dienste. Gerne könne Herr Feuerstein im Januar einmal zeigen, was dort schon alles saniert wurde. Es gehe auch um die Personalausstattung. Man brauche nun eine Lösung für zumindest die kommenden fünf Jahre.

Stadträtin Groesser bemerkt, dass sie den Bürgermeister beim Wort nehme und dass jetzt eine Lösung gefunden werden müsse. Variante 3 könne somit keine Option sein.

Stadtrat Rehberger merkt süffisant an, dass man dann also denkmalgeschützte Gebäude verlottern lasse, das sei doch keine Art und Weise.

Stadträtin Groesser entgegnet, dass man wertvolles Bürgergut doch nicht verfallen lassen könne.

Stadtrat Rehberger stellt klar, dass seine Aussage nicht erst gemeint war.

Der Bürgermeister sagt, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben könne. Wenn man z.B. zwischen Denkmalschutz und Digitalisierung in Schulen zu entscheiden habe, tendiere er eher zur Digitalisierung.

Stadtrat Konrad bittet um zügige Klärung der Standortfrage.

Stadtrat Hornung spricht für die SPD und bekräftigt, dass man es in der Fraktion ähnlich wie Stadtrat Bernauer sähe. Man sei für eine langfristige Lösung an einem anderen Standort. Für die Überbrückungszeit müsse man die Variante 1 nehmen, um den Bauhof in dem Ausmaß zu sanieren, dass er nutzbar sei, sprich neue Heizung etc.

Stadträtin Schlüchtermann ruft in Erinnerung, dass man schon so lange nach einer Fläche für den Bauhof suche.

Der Bürgermeister bestätigt, dass Probebohrungen auf dem Elsenzsportplatz gemacht werden sollen, aber selbst dann brauche es fünf Jahre bis zu einem Umzug.

Herr Seidel informiert, dass bei einer Baugrunduntersuchung zunächst der Kampfmittelräumdienst für Untersuchungen kommen müsse, die Bildanalyse dauere möglicherweise noch 6 – 12 Monate.

Stadtrat Wachert fragt erneut nach Ideen zu einem alternativen Standort aus dem Plenum.

Stadtrat Katzenstein nennt die Fläche hinter dem Zapfgelände.

Stadtrat Hertel bittet darum, die Diskussion zu beenden.

### 10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt bei einer Enthaltung als umzusetzenden Option die Option 1 aus. Er beschließt die Zurverfügungstellung von Mitteln gemäß Kostenberechnung zur Projektumsetzung in den Jahren 2023 und 2024 und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Ausschreibung und Vergabe. Weiterhin soll umgehend die

Standortsuche und Planung für einen alternativen Standort des Bauhofareals vorangetrieben werden.

Pause von 21.25 – 21.30 Uhr

Vor Eintritt in den nächsten Tagesordnungspunkt bedankt sich der Bürgermeister nochmals bei den Mitarbeitern der Technischen Dienste für ihre Anwesenheit und ihr Engagement.

## 11: **Windpark Lammerskopf Beteiligung Stadt Neckargemünd**

### 11.1: **Sachvortrag:**

Zum TOP lag keine Sitzungsvorlage vor. Der Bürgermeister informiert kurz zum aktuellen Sachstand. Man sei im Austausch mit den Stadtwerken Heidelberg und er bereite für die Sitzung im Dezember eine Vorlage vor. Das Neckargemünder Grundstück solle demnach in die arten- und naturschutzrechtlichen Untersuchungen der Heidelberger Fläche mit einbezogen und bewertet werden. Die Fläche sei keine FFH-Fläche. Es solle mituntersucht werden.

### 11.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser fragt nach den Kosten.

Der Bürgermeister erklärt, dass es nichts kosten werde.

### 11.3: **Beschluss:**

Bürgermeister Volk informierte über den aktuellen Sachstand. Eine Vorlage zur Beschlussfassung folgt in der Dezembersitzung.

## 12: **Ausgleichsätze 2024 und 2025 auf den Linien 34 und 35 und Information zur Linienwegänderung 34 und 35**

### 12.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Der Rhein-Neckar-Kreis als zuständige Behörde schließe die Verträge ab. Bis 2013 sei die Linie 35 eigenwirtschaftlich betrieben worden. In 2018 habe es dann bereits eine erhebliche Preissteigerung gegeben, einer weiteren Erhöhung in 2021, während der Coronazeit. Dieser habe man seinerzeit mit der Bürgermeisterstimme bei Enthaltung des gesamten Gemeinderates noch zugestimmt. Im Juli dieses Jahres nun die Information zu einer weiteren Erhöhung der Ausgleichszahlungen. Daraufhin habe man inhaltliche Informationen angefragt und stehe seit August bis vor 14 Tagen im Gespräch mit dem Rhein-Neckar-Kreis. Die aktuellen Fahrgastzahlen für die Linie 35 belaufen sich auf 1,5 Mio. gegenüber 200.000 auf der Linie 34. Die Linie 35 stehe überhaupt nicht in Frage, aber warum solle Neckargemünd das gleiche bezahlen wie Heiligkreuzsteinach, Schönau und Wilhelmsfeld? Bei solch eklatant unterschiedlichen



Nutzerzahlen höre nun die Solidarität auf. Den Rhein-Neckar-Kreis habe er über die heutigen Beschlussvorschläge, die Vereinbarung zu kündigen und in Neuverhandlungen zu gehen, informiert. Auch die anderen Kommunen wüssten Bescheid. Transparenz sei wichtig. Ein positives Signal sei die Änderung der Linienwegführung, allerdings sei diese in Heidelberg bereits im Juli in den Gremien beraten worden, als hier noch nicht einmal eine Information dazu vorlag. Die Strecke von Schlierbach bis zur Kümmelbachkurve würde kostenmäßig Neckargemünd zugeordnet, was nicht sein könne. Abschließend bekräftigt der Bürgermeister nochmals, dass man die 35er Linie definitiv wolle.

#### 12.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein nimmt für die Fraktion der Grünen Stellung: Die Linien 34 und 35 seien historisch in einem Bündel, Grund sei die Solidarität mit Wilhelmsfeld und den Gemeinden im Steinachtal gewesen, diese seien topographisch benachteiligt und hätten keinen Bahnanschluss. In der Landesverfassung sei das Ziel verankert, für alle gleichwertige - nicht gleiche - Lebensverhältnisse zu schaffen. Es könne allerdings nicht sein, dass die solidarische Leistung für diese Gemeinden allein von Neckargemünd getragen werde. Man sähe hier ganz klar den Rhein-Neckar-Kreis in der Pflicht. Dieser trage zwar schon die Hälfte des Defizits, das aber sowohl bei uns als auch bei der Linie 34. Den erhöhten Aufwand für den 34er Bus trage alleine Neckargemünd. Daher trage man den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit. Außerdem wäre es sehr ärgerlich, dass die Stadt Neckargemünd alleine für die Kosten der Linie 35 für die Strecke ab der Orthopädie aufkomme, die Stadt Heidelberg außen vor sei. Der Bürgermeister möge hier vehement nachverhandeln. Ein fairer Kompromiss wäre auch, wenn beide Städte sich die Kosten hälftig teilen würden. Zudem käme man bei näherer Betrachtung der Zahlen sogar zu der Einschätzung, dass die Linie 35 wieder eigenwirtschaftlich betreibbar sei. Auch hier würde man um entsprechende Verhandlungsposition bitten. Für die Zukunft erachte man eine Verlängerung der Linie 37 nach Kleingemünd für sinnvoll – sicher mit Zuschussbedarf, aber dieser könne hoffentlich mit den freiwerdenden Mitteln abgedeckt werden. Zum 35er Bus gäbe es noch den alten Wunsch, diesen bis Wiesenbach zu verlängern („Wi-Wi“-Bus). Wenn man sich recht erinnere, sei dies damals gescheitert, weil Wiesenbach die zusätzlichen Kosten für einen weiteren zusätzlichen Bus nicht tragen wollte oder konnte. Im Zuge der Auseinandersetzung um Tempo 30 in der Bahnhofstraße und der Aussage der RNV, dass bei der Einführung von Tempo 30 ein zusätzlicher Bus nötig wäre, ergäben sich jetzt vielleicht Synergieeffekte. Es wird darum gebeten, diesbezüglich mit Wiesenbach und der RNV zu sprechen.

Stadtrat Bernauer verliest die Stellungnahme der CDU: *„Die Buslinie 35 ist für die Stadt Neckargemünd eine unverzichtbare Grundlage des ÖPNV. Sie wird rege genutzt und ist für uns ganz klar zu erhalten. Gleichzeitig ist jedoch in jeder Beratung die Bündelung mit der Linie 34 für uns ein – vor allem finanzielles – Ärgernis. Seitens des RNV werden uns schwerlich einmal Fahrgastzahlen, geschweige denn Berechnungen über die Kostendeckung der einzelnen Linien geliefert. Und bei einer geplanten Steigerung des Ausgleichssatzes von einst gut 130.000€ auf nun über 300.000€ ist das, unserer Ansicht nach, keine vertrauensvolle Verhandlungsgrundlage. Dass die gute Anbindung durch den ÖPNV für uns wertvoll ist, steht außer Frage und dass wir diese entsprechend sichern wollen ebenso wenig. Jedoch fordern wir als Ausgleich*

*dafür auch eine faire Verteilung der Kosten. Daher werden auch wir der geplanten Erhöhung der Ausgleichssätze nicht zustimmen, um eine Neuverhandlung zu erreichen.“*

Stadtrat Fritsch ist der Meinung, dass man die Linie 35 nur zum Teil brauche. Es sei versäumt worden, diese in Neckargemünd am Bahnhof drehen zu lassen. Es müsse nicht durch die Altstadt gefahren werden. Bei der Vorlage stimme er zu, der Bürgermeister habe Recht.

Stadtrat Schimpf spricht für die SPD und sagt, man schließe sich der Vorgehensmethode der Verwaltung an. Diese sei jetzt schärfer als 2021, aber es sei nun der Zeitpunkt, dass auch von der anderen Seite entgegengekommen werden müsse.

Stadtrat La Licata bezeichnet den Vorschlag, die Linie 35 am Bahnhof enden zu lassen, als „Schwachsinn“. Es sei essentiell, dass die 35 weiterfahre. Man denke nur an die SRH. Viele Menschen seien auf die 35 angewiesen. Es ärgere ihn immens wie die Verkehrsverbünde mit den Kommunen und Fahrgästen umgehen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass auch stadintern viel über die Linie 35 laufe und tatsächlich sei man – wie von Stadtrat Katzenstein schon gesagt – von der Eigenwirtschaftlichkeit nicht weit weg.

Stadtrat Wachert spricht für die Fraktion der Freien Wähler und erklärt, dass man zustimme. Die Bürger zahlten den Bus und dann zahle Neckargemünd aus den Steuern nochmal obendrauf.

Stadtrat Schmitz ergänzt mit folgenden Berechnungen: 4,78 € Einnahmen gegenüber 4,96 € Kosten, folglich fahre die Linie 35 nahezu eigenwirtschaftlich. Ein bisschen Solidarität sei in Ordnung, wenn aber Neckargemünd das Defizit alleine trage, sei das ein Problem. Der Rhein-Neckar-Kreis stehe in der Pflicht.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man ja auch bei den Schulen Solidarität zeige; die Kosten für die vielen Auswärtigen trage Neckargemünd allein.

### 12.3: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat bekräftigt die Bedeutung der Buslinie 35 für die Stadt Neckargemünd und wünscht den dauerhaften Erhalt.
2. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der Ausgleichssätze für die Jahre 2024 und 2025 einstimmig bei einer Enthaltung **nicht** zu.
3. Der Gemeinderat beauftragt einstimmig bei einer Enthaltung die Verwaltung, die „Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und den Städten und Gemeinden Heiligkreuzsteinach, Neckargemünd, Schönau und Wilhelmsfeld über die Übernahme von Ausgleichszahlungen im Busverkehr für die RNV-Linie 34 und 35“ zum 31.12.2025 zu **kündigen**.

### 13: **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur kommunalen Wärmeplanung im Konvoi**

#### 13.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

**13.2: Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

**13.3: Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur kommunalen Wärmeplanung im Konvoi zu.

**14: Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen****14.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 - Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

**14.2: Beratung:**

Stadträtin Striegel fragt, was beim Spendenbericht mit „Spiegel“ gemeint sei. Es wird erklärt: Es handelt sich um einen Tippfehler und „Spiegel“ sei gemeint.

**14.3: Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

**15: Vorberatung der Verbandsversammlung des AZV Heidelberg am 06.12.23****15.1: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

**15.2: Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

**15.3: Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 158. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 06.12.2023, 15 Uhr, im Klärwerk Nord:

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Zustimmung/Ablehnung</b>	
A.1	Verpflichtung neuer Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.2	Wahl der beiden stellvertretenden Verbandsvorsitzenden für 2024	x	
A.3	Einrichtung einer Vierten Reinigungsstufe - Erhöhung der Maßnahmengenehmigung - Auftragserhöhung Rohbau-, Erdbau- und Gründungsarbeiten	x	

	- Information über die Vergabe von Aufträgen zur Verwertung von Aushubmaterial		
A.4	Sanierung des Verbandskanalnetzes - Erweiterung des Auftrags für die erforderlichen Bauarbeiten	x	
A.5	Fahrzeuge Kanalunterhaltung - Nachträgliche Erhöhung der Maßnahmegenehmigungen für die Ersatzbeschaffung der Hochdruckspül- und -saugfahrzeuge SP 1 und SP 3 - Nachträgliche Erhöhung der Maßnahmegenehmigung für die Ersatzbeschaffung des kombinierten Kanalreinigungsfahrzeuges SP 7 - Nachträgliche Bereitstellung weiterer überplanmäßiger Mittel in Höhe von 100.000 Euro - Information über die Vergabe der erteilten Lieferaufträge	x	
A.6	Grunderneuerung der Rücklaufschlammleitungen auf der Kläranlage Neckarsteinach - Nachträgliche Maßnahmegenehmigung - Nachträgliche Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 400.000 Euro - Information über die Vergabe der erteilten Aufträge	x	
A.7	Kreditangelegenheiten 2023 - Information über die Neuaufnahme eines Investitionskredits - Information über die Prolongation eines Investitionskredits	x	
A.8	Haushaltssatzung 2024	x	
A.9	Vorratsbeschluss über die Neuaufnahme von Krediten im Jahr 2024	x	
A.10	Energie und Wasser für Betrieb - Information über die Vergabe der Stromlieferung für die beiden Klärwerke in Heidelberg ab 01. Januar 2024	x	
A.11	Eröffnungsbilanz des Abwasserzweckverbandes Heidelberg zum 01. Jan. 2020 - Sachstandsbericht	Kenntnisnahme	
A.12	Verschiedenes		

## 16: Mitteilungen und Anfragen

### 16.1: Sachstand Jugendbeteiligung Skaterpark

Der Bürgermeister verspricht eine schriftliche Antwort, da die zuständige Sachbearbeiterin nach ihrer Fortbildung erst ab Januar 2024 wieder im Haus sei.

16.2: **Dilsberger Hof (privater Teil)**

Stadtrat Bergsträsser hinterfragt den Leserbrief des Bürgers Berroth und die Aussage, dass der Trägerverein nicht zur Mediation eingeladen gewesen sei. Wenn er das gewusst hätte, hätte er in der Gemeinderatssitzung vom 24.10. niemals den Antrag auf Behandlung des TOPs ohne Aussprache gestellt.

Der Bürgermeister sagt, dass bei der Mediation ca. 30 Personen anwesend waren, Angehörige und auch mindestens eine Person dieses Vereins.

16.3: **Sitzungseffizienz**

Ortsvorsteher Erles spricht den sehr guten Presseartikel der RNZ und den Hinweis zur Sitzungseffizienz an. Der Bürgermeister habe aber auch gesagt, der Hauptausschuss diene der Vorberatung. Nun habe man heute trotz Vorberatung im Ausschuss doch wieder lange diskutiert. Wo sei da die Effizienzsteigerung?

Der Bürgermeister stellt klar, dass man wegen der Transparenz auch im Gemeinderat noch öffentlich diskutieren werde.

Stadträtin Groesser meint, dass man es dann aber im Hauptausschuss auch sein lassen könne.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Sitzungen im Gemeinderat dann aber noch länger andauern würden.

16.4: **Radverkehrsnetz**

Stadtrat Katzenstein fragt nach der Anbindung von Waldhilsbach an das Radverkehrsnetz. Die Strecke Mückenloch – Neckarhäuser Hof, K 4100, sei aufgenommen, aber wurde Waldhilsbach gemeldet?

Der Bürgermeister sagt, dass Waldhilsbach gemeldet wurde.

Stadtrat Katzenstein erklärt, dass laut RNK nichts vorliege.

Der Bürgermeister meint, dass es an der Trassenvariante liegen könne. Er habe den Auftrag gegeben, lasse es jetzt aber nochmal prüfen.

16.5: **Parksituation KiTa Wiesenbacher Tal**

Stadtrat La Licata informiert, dass es an der KiTa Wiesenbacher Tal ein Parkproblem gebe, da Eltern die Parkplätze der Erzieherinnen nutzten.

Der Bürgermeister verspricht, dies weiterzugeben.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadtrat Hertel

Die Schriftführerin

Stadtrat Schendzielorz